

Die Alternative für Deutschland ist in Bayern angekommen – über die Teilnahme an der Landtagswahl wird noch gestritten

Gauweilers Facebook-Freunde

Alles ist möglich, wenn man nur will! Das ist der Leitspruch des Fürthers Wolf-Joachim Schünemann. Der 49-Jährige ist bayerischer Landesvorsitzender der Anti-Euro-Partei Alternative für Deutschland (AfD). Am Wochenende wurde er auf dem Gründungsparlament in den Bundesvorstand gewählt. Und der Politneuling will viel. Er möchte mit der Wahl im September in den Bundestag einziehen und mit der AfD dort das etablierte Parteienspektrum durcheinanderwirbeln. Gelingen soll das mit der Forderung nach einer „Auflösung des Euro-Währungsgebietes in seiner jetzigen Form“: Das heißt, Schluss mit diesem Euro. Schluss damit, bankrotte Länder mit dem Geld deutscher und anderer europäischer Steuerzahler herauszuholen.

Die AfD will Auffangbecken für die Unzufriedenen sein, „die sich von den etablierten Parteien nicht mehr angesprochen fühlen“, sagt Schünemann der BSZ. Über 7500 Mitglieder hat die junge Partei bereits – mehr als 1000 davon kommen laut AfD aus den Regierungsparteien: 600 aus der CDU, 130 aus der CSU und 372 aus der FDP. Auch aus SPD und Grünen gibt es Überläufer – aber die größte Belastung besteht für das bürgerliche Lager. Es werden Union und FDP sein, denen am Ende entscheidende Wählerstimmen fehlen könnten, selbst wenn die AfD an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert, sagt Ursula Münch, Leiterin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Sie beschneidet der neuen Partei „ein relativ großes Potenzial“ und sagt: „Für die Sozialdemokraten ist das ein Fest. Ihnen hätte nichts Besseres passieren können.“

Auch in Bayern verzeichnet die AfD großen Zulauf. Hinter Nordrhein-Westfalen hat der Freistaat den größten Landesverband, erklärt Schünemann stolz. Aktueller Stand: 1300 Mitglieder. Allein in den vergangenen zwei Wochen sind 500 dazugekommen. „Selbstverständlich treten wir bei der bayerischen Landtagswahl an“, tönte Parteisprecher Lucke denn auch im März. Schünemann aber relativiert: „Das ist die Entscheidung des Landesverbands bei der zweiten Mitgliederversammlung am 11. Mai.“ Man müsse diskutieren, ob man reif dafür sei, sagt Schünemann. Dahinter steckt eine strategische Überlegung. Denn welche Auswirkung hätte es für die Bundestagswahl, ginge die AfD in Bayern baden? Darüber ist man sich intern nicht einig.



Eine junge Partei, die aktuell für jede Menge Aufregung sorgt. Auch im Freistaat.

FOTO DPA

Tatsächlich steht noch viel Aufbauarbeit an. Nicht einmal einen Internetauftritt hat die AfD Bayern. Bei Facebook aber fragen Sympathisanten eifrig nach Mitwirkungsmöglichkeiten. Dazu kommt, dass die AfD im Freistaat auf einen eukritischen Konkurrenten trifft: die Freien Wähler. Noch vor drei Monaten hat Schünemann – damals mit der Wahlalternative 2013, einer Vorgängerorganisation der AfD, – die FW unterstützt. In Niedersachsen zog man gemeinsam in den Wahlkampf. Mit 1,1 Prozent der Stimmen fiel das Ergebnis zwar äußerst mager aus, Schwarz-Gelb aber scheiterte denkbar knapp. David McAllister fehlten nur 335 Stimmen.

„Ein Fest für die SPD“

Die Zusammenarbeit ist beendet – „zu unterschiedlich die Auffassungen, was Wahlkampf angeht“, so Schünemann. Aiwanger sieht in der AfD keine Konkurrenz: „Retungsschirmgegner können mit den Freien Wählern eine vernünftige Kraft wählen“, sagt er. Und: „Je mehr das Eurothema debattiert wird, umso mehr schadet das Schwarz-Gelb und nutzt den Freien Wählern in Land und Bund.“

In der CSU gibt man sich indes gelassen. Weder Regierungschef Horst Seehofer noch Innenminister Joachim Herrmann sehen in der AfD eine Konkurrenz. Markus

Rinderspacher, Fraktionschef der Landtags-SPD, der allenfalls Unions-Stimmen in Gefahr sieht, macht sich dennoch Sorgen: „Ich sehe in dieser Gruppierung eine populistische Kopie von politisch Gescheiterten, die mit den Ängsten der Menschen spielt und auf unverantwortliche Art und Weise den wirtschaftlichen Wohlstand Bayerns und Deutschlands im Kern aufs Spiel setzt“, sagt er. Grünen-Chefin Margarethe Bause spricht von „rückwärtsgewandten und unrealistischen Thesen“.

Schünemann ärgert solche Kritik. „Wir sind keine Partei der Ewiggestrigen und auch keine Anti-Euro-Partei“, betont er. „Wir wollen den Staaten lediglich eine Möglichkeit zur Rückkehr zu nationalen Währungen geben.“ Auch eine Debatte über alternative Verbände müsse möglich sein. Eine Idee: Die Zweiteilung des Euroraums mit einem Nord- und Südeuro.

Man sei auch keine „Ein-Thema-Partei“, sagt Schünemann. Man setze sich unter anderem für mehr Demokratie ein, für Volksabstimmungen nach dem Schweizer Modell. Auch die Energiewende sei ein Thema. Statt über den Strompreis sollte man die alternativen Energien über Steuern finanzieren. Auch speziell für Bayern hat Schünemann Ideen. „Denken Sie an die Milchquoten.“ Die Auswirkungen von EU-Regelungen auf die bayerische Landwirtschaft könnte er sich durchaus als Wahlkampfthema vorstellen. Für ihn ebenfalls ein

wichtiger Punkt: „Wir Bayern haben gewisse nationale Eigenschaften, die wir immer mehr verlieren.“

Es sind auch solche Sprüche, die die AfD immer wieder in den Verdacht bringt, explizit am rechten Rand zu fischen. Schünemann wehrt sich: „Wir haben in Bayern einen Beschluss gefasst, der noch weitergeht als der der Bundespartei. Nicht nur Ex-NPDler haben bei uns nichts zu suchen. Wir nehmen niemanden aus einer rechten Gruppierung auf, dulden auch keine Republikaner.“

Werner Weidenfeld, Professor für Politische Wissenschaft an der LMU München und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung, bezweifelt, dass die AfD auf lange Sicht eine signifikante Zahl von Anhängern an sich binden kann. Er spricht von einer ungebundenen „Kommunikationswolke in der Gesellschaft“, die irgendwo andockt, um dann wieder weiterzuziehen. Prominentes Beispiel: die Piraten und deren Absatz. „Ich habe keine Angst, dass wir eine Eintagsfliege sein könnten“, sagt Schünemann. „Erst wurden wir ignoriert, dann diffamiert, jetzt werden wir gehypt.“ Auch die Konkurrenz habe das heute begriffen. Einmal traf er CSU-Mann Peter Gauweiler. „Wie einen dummen Schulbuben hat er mich behandelt. Nun aber betont Gauweiler, dass man uns ernst nehmen muss.“ Und siehe da: Zumindest auf Facebook sind Gauweiler und Schünemann heute Freunde. > ANGELIKA KAHL

ZEHN FRAGEN AN ...

Michael Busch, Coburger Landrat (SPD), der den NPD-Parteitag in Franken verhindert hat



Eigentlich wollte die NPD ihren Bundesparteitag Anfang April auf einem Privatgrundstück im oberfränkischen Rottenbach abhalten. Doch der 56-jährige Landrat Busch machte ihr einen Strich durch die Rechnung: Er ließ eine Durchgangsstraße wegen Bauarbeiten sperren. Der Parteitag platzte.

- 1 Welche kleinen Dinge des Alltags können Sie glücklich machen?**
Zum Beispiel das Lächeln unserer Enkelinnen, eine Zartbitterpraline oder ein Glas Rotwein mit meiner Frau.
- 2 Wie motivieren Sie sich, wenn mal alles schief läuft?**
Selten läuft wirklich alles schief. Wenn aber mal was schlecht gelaufen ist, dann laufe ich mit meinen Hunden durch die Natur. Und schon läuft es wieder besser!
- 3 Welche menschliche Eigenschaft fordert Ihnen am meisten Respekt ab?**
Zivilcourage und Ehrlichkeit.
- 4 Gibt es für Sie noch einen großen unerfüllten Lebenswunsch?**
Einmal das Grab von Lord Baden-Powell, dem Gründer der Pfadfinderbewegung, am Fuß des Mount Kenia besuchen.
- 5 Wie entspannen Sie sich nach einem langen Arbeitstag?**
Die Kopfhörer aufsetzen und Cat Stevens oder Barclay James Harvest hören.
- 6 Ihre Lieblingslektüre?**
Christian Udes *Chefsache*, Satire vom Feinsten.
- 7 Welchen Luxus gönnen Sie sich hin und wieder?**
Eine Konzertreise mit meiner Frau.
- 8 Wie stellen Sie sich einen perfekten Urlaub vor?**
So, wie wir ihn seit Jahren machen: mit Frau und Hunden im Haus am Meer, perfekt natürlich nur bei herrlichem Wetter.
- 9 Was würden Sie einem jungen Menschen gern mit auf den Weg geben?**
Das, was auch mir zum Leitbild geworden ist: das Ziel, die Welt ein wenig besser verlassen, als wir sie vorgefunden haben (Vermächtnis Baden-Powells).
- 10 Welche Persönlichkeit aus Ihrem Umfeld hat Sie am meisten beeindruckt?**
Mein Vater. Er kam als Schwerbeschädigter aus dem Krieg zurück, lebte sein Leben aber immer mit Humor und Musik. Und trotz seiner Behinderung war er immer hilfsbereit und für seine Familie wie für seine Mitmenschen da.

BSZ-Leser für Volksentscheid über G9-Rückkehr

Die CSU findet die Idee unsinnig, und auch die SPD ist dagegen: Bei der Frage, ob es einen Volksentscheid geben soll, gehen die Meinungen auch bei den Lesern der *Staatszeitung* auseinander. Allerdings ist die Mehrzahl für einen Volksentscheid. Bei unserer Online-Umfrage sprachen sich in der vergangenen Woche knapp 66 Prozent der User für einen Volksentscheid aus, 34 Prozent waren dagegen. Die Idee, hierzu einen Volksentscheid herbeizuführen, kommt von den Freien Wählern. Diese Woche wollen wir von Ihnen wissen, was Sie von V-Leuten halten: Soll man sie abschaffen? Stimmen Sie ab auf unserer Homepage! > BSZ

Aiwanger: CSU nennt falsche Zahlen

Auch zwei Monate nach dem Politischen Aschermittwoch erhitzt die angebliche Teilnehmerzahl der CSU die Gemüter. FW-Chef Hubert Aiwanger bezichtigte den CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt erneut der Lüge. Aus einem Schreiben der Stadt Passau geht hervor, dass beim Politischen Aschermittwoch der CSU maximal 4300 Personen anwesend waren, betonte Aiwanger. Dobrindt hatte von 7000 Besuchern in der Dreiländerhalle gesprochen. Am Aschermittwoch hatte die SPD in Vilshofen ein Zelt mit 4500 Plätzen errichten lassen. Mit der Angabe von 7000 Besuchern wollte Dobrindt möglicherweise doch noch die SPD übertrumpfen. > DPA

DIE FRAGE DER WOCHE Soll man die V-Leute beim Verfassungsschutz abschaffen?



Von Susanna Tausendfreund, innenpolitische Sprecherin der Landtags-Grünen

JA

V-Leute sind die problematischsten geheimdienstlichen Mittel der Verfassungsschutzämter. Es hat sich gezeigt, dass sie mehr schaden, als sie nützen.

Nach den bisherigen Erkenntnissen im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie war der Einsatz von V-Leuten in der rechten Szene de-saströs. Die Erfahrungen aus den NSU-Untersuchungsausschüssen zeigen, dass die Behörden trotz des Einsatzes von mindestens einem Dutzend V-Leuten der verschiedenen Dienste im Umfeld des NSU-Terrorismus ahnungslos blieben. Der Erkenntnisgehalt der Informationen ist generell von dürftiger Qualität, denn die Informanten bleiben überzeugte Mitglieder der jeweiligen Szene. Durch V-Leute wurde stattdessen die rechtsextreme Szene indirekt durch öffentliche Gelder mitfinanziert. Besonders erschreckend ist der „Brandstifter-Effekt“, der durch die Spitzel ausgelöst werden



Von Andreas Fischer, rechtspolitischer Sprecher und Vize-Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion

NEIN

Der Verfassungsschutz erhält zwar einen hohen Anteil seiner Informationen aus allgemein zugänglichen Quellen, aber Insider-Informationen bleiben wichtig, um unsere freiheitliche Gesellschaft gegen Bedrohungen aus extremistischen Milieus zu verteidigen. Dafür braucht man V-Leute. Es ist nicht überall möglich, verdeckte Ermittler einzuschleusen.

Dabei lassen sich nicht nur langfristige Pläne extremistischer Organisationen durch V-Leute aufdecken, sondern es kommen auch immer wieder Hinweise, mit denen gewalttätige Ausschreitungen und Anschläge verhindert werden können. So war es Hinweisen von V-Leuten zu verdanken, dass bei der Grundsteinlegung ein Anschlag von Neonazis auf die Münchner Synagoge verhindert werden konnte. Aufgrund der besonderen Sensibilität der Maß-

nahme sind dem Einsatz von V-Personen enge rechtsstaatliche Grenzen gesetzt. V-Leute bekommen keinen Freibrief, was die Begehung von Straftaten angeht. Zwar gelten für sie Entschuldigungs- bzw. Rechtfertigungsgründe, die man auch aus dem Bereich der Notwehr kennt, aber es gibt keinen Raum für Kriminelle, die sich Haftverkürzungen oder hohe Honorare durch ihren Einsatz versprechen.

Der Staat muss dennoch wachsam sein, was die Auswahl und den Einsatz der V-Leute angeht. Das neu errichtete „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“, an dem sich 39 Bundes- und Landesbehörden beteiligen, ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der bundesweiten Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten bei der Extremismusbekämpfung. Eine bessere Koordinierung durch die Errichtung einer zentralen V-Mann-Datei ist ein guter Weg, um bundesweit einen besseren Überblick über die Zahl und Zugänge von V-Leuten in der extremistischen Szene zu bekommen. Ob nicht darüber hinaus eine strukturelle Reform des Verfassungsschutzes durch wenigstens eine Zusammenlegung einiger Verfassungsschutzämter erforderlich ist, sollte geprüft werden.



Stimmen Sie ab unter www.bsz.de/#vote

IMPRESSUM

BAYERISCHE STAATSZEITUNG UND BAYERISCHER STAATSANZEIGER mit der regelmäßigen Beilage „UNSER BAYERN“ Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, München

BAYERISCHE STAATSZEITUNG:

Redaktion: Arnulfstr. 122, 80636 München, Tel.: 089/290142-0, Fax: 089/290142-99, www.bsz.de, redaktion@bsz.de

Chefredakteur: Ralph Schweinfurth (verantwortlich für den Inhalt, Wirtschaft). Redaktion: Waltraud Taschner-Kupka (Chefin vom Dienst, Politik), Karin Dütsch (Kultur, Beilage „Unser Bayern“), Dr. Friedrich H. Hettler (Bau und Architektur), Angelika Kahl (Politik, Leben in Bayern), André Paul (Kommunales, Wissenschaft).

Mit eigener Verantwortlichkeit gekennzeichnete Seiten stellen die Meinung der jeweiligen Organisation dar, die nicht immer der Auffassung der Redaktion entspricht.

Anzeigen- und Vertriebsleiterin: Marion Birkenmaier (verantwortlich für den Inhalt der Anzeigen der Bayerischen Staatszeitung). Tel.: 089/290142-65, Fax: 089/290142-70, anzeigen@bsz.de

BAYERISCHER STAATSANZEIGER:

Arnulfstr. 122, 80636 München, Tel.: 089/290142-60/62/66/67, Fax: 089/290142-73/74, anzeigen@bsz.de

Verantwortlich: Jan Peter Gühlk. Ansprechpartner für Veröffentlichungen: Brigitta Beckmann.

Vertrieb und Abonnement-Verwaltung Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger: Arnulfstr. 122, 80636 München, Tel.: 089/290142-59 und -69, Fax: 089/290142-90, vertrieb@bsz.de

Verlag: Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Arnulfstr. 122, 80636 München, Tel.: 089/290142-50, verlagsleitung@bsz.de.

Geschäftsführung: Jan Peter Gühlk

Die „Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger“ erscheint wöchentlich einmal (freitags). Der Abonnementpreis beträgt jährlich Euro 88,00 einschließlich MwSt. Aufträge für den Bayerischen Staatsanzeiger sind ausschließlich an den Verlag zu richten. Für den Bayerischen Staatsanzeiger gelten im Übrigen die „Zusätzlichen Geschäftsbedingungen“, die beim Verlag bezogen werden können. Zurzeit gilt die Druckpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2012. Druck: Druckhaus Dessauerstraße GmbH & Co. Betriebs KG, Dessauerstraße 10, 80992 München.

Die „Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger“ wird herausgegeben von einer Verlagsgemeinschaft zwischen dem Münchener Zeitungsverlag und dem Süddeutschen Verlag auf Grund eines Vertrages mit dem Freistaat Bayern. Die Bayerische Staatszeitung soll das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben in Bayern widerspiegeln und die auf Bayern einwirkenden Kräfte würdigen. Verlautbarungen der Bayerischen Staatsregierung werden in der Bayerischen Staatszeitung ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Beiträge des Ministerpräsidenten, der weiteren Mitglieder der Staatsregierung, anderer führender Politiker sowie der leitenden Beamten in Staatsbehörden, Kommunen und Körperschaften des öffentlichen Rechts erscheinen unter voller Angabe des Namens. Alle übrigen Veröffentlichungen werden von der Redaktion vertreten. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung und aller in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung und/oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz nichts Anderes ergibt. Insbesondere ist eine Einspeicherung und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer Form vertriebenen Zeitung in Datenbanken ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.